

Februar 2008, Mediencommuniqué

Text der Pressemitteilung

SP Wetzikon klar für Einheitsgemeinde

(sp). An ihrer Sektionsversammlung hat sich die SP Wetzikon neben diversen anderen Geschäften auch intensiv mit der Initiative Urs Fischer «Teilung der Oberstufenschulgemeinde Wetzikon-Seegräben zwecks Einführung der Einheitsgemeinde in Wetzikon und Seegräben» auseinander gesetzt.

Die SP unterstützt diese Initiative und empfiehlt allen Stimmbürgerinnen und -Bürgern ein **Ja**. Die SP hat Verständnis für die Ängste und Befürchtungen der Gegner. Teilweise zeigen sie Probleme auf, welche durch die Bildung einer Einheitsgemeinde entstehen könnten. Diese sind aber mit gutem Willen lösbar und können nicht ein ernsthaftes Hindernis für eine starke Stadt Wetzikon sein! Die SP bedauert, dass viele Gegner in unzulässiger Weise bewusst falsch informieren, um so die Stimmen in die Irre zu führen.

So wird Wetzikon der Gemeinde Seegräben zwar tatsächlich gegen 5 Millionen Franken zahlen müssen. Das bewirkt aber keine direkte Steuererhöhung. Wetzikon erhält dafür einen konkreten Gegenwert, nämlich das alleinige Eigentum an den Schulliegenschaften, was sich direkt in der Bilanz widerspiegelt.

Einheitsgemeinde mit Parlament

Wetzikon braucht eine Einheitsgemeinde, weil es künftig auch regional immer wichtiger wird, rasch Entscheide für die ganze Stadt herbeiführen zu können. Hier sind langwierige Absprachen unter den drei Gütern ein völlig untaugliches Mittel. Für die SP Wetzikon ist es aber sehr wichtig, dass die die Einheitsgemeinde mit Parlamentsbetrieb eingeführt wird. Nur so lässt sich – langfristig gesehen – die Stadt Wetzikon zum Wohl aller Einwohner gut führen. Mit dem Parlament wird automatisch auch eine Geschäftsprüfungskommission Pflicht. Diese garantiert dann eine verschärfte Kontrolle der Behörden, eine Notwendigkeit für eine Stadt mit der Grösse von Wetzikon.

Diskussion eröffnen

Mit der Initiative verbaut man sich nichts, eröffnet aber die Diskussion über die Zukunft von Wetzikon. So müssen bei Annahme der Initiative die Behörden zuerst eine neu Gemeindeordnungen ausarbeiten und zur Abstimmung bringen. Man kann dann zur konkreten Vorlage immer noch Nein sagen, wenn das Ergebnis enttäuscht und nicht den Erwartungen entspricht. Am 24. Februar Nein zu sagen heisst aber bereits heute das Gespräch verweigern zu wollen. Deshalb stimmen wir ganz vehement Ja für die Initiative Fischer!